

# Freihändige Vergabe

## *Grüne kritisieren gelockerte Regeln*

Von Volker Schmidt

**W**enn Kommunen und andere öffentliche Träger Aufträge vergeben, sollen sie sich wieder an strengere Regeln halten müssen, fordern die Grünen. Hessen hatte - wie andere Länder und der Bund auch - im Zuge des zweiten Konjunkturpakets 2009 die Richtlinien gelockert. Insbesondere wurde die Grenze für den Auftragswert, bis zu dem ein Projekt freihändig vergeben werden darf, erhöht. Einen Tag vor dem Auslaufen der bereits einmal verlängerten gelockerten Regeln hatte Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) sie zum Jahresende ein weiteres Mal verlängert.

Auf Bundesebene habe die Lockerung sich nicht bewährt, urteilte der Bundesrechnungshof jetzt. Nach Auswertung von mehr als 16 000 Vergabeverfahren seien die Kassenprüfer sicher, dass die Erleichterungen Bauvorhaben nicht beschleunigt hätten, sagte Rechnungshof-Präsident Dieter Engels am Donnerstag in Bonn. Stattdessen habe der Bund "deutliche Nachteile beim Wettbewerb sowie Mehrausgaben in Kauf" nehmen müssen. Zudem seien die Risiken für Korruption und Manipulation gestiegen. Der Rechnungshof begrüßt daher, dass die Bundesregierung anders als die meisten Bundesländer und Kommunen die Ausnahmeregelungen Ende 2010 nicht verlängert hat.

In Hessen könne die schwarz-gelbe Landesregierung "angesichts des neuerlichen eindeutigen Urteils des Bundesrechnungshofs nicht länger so tun, als sei in Hessen alles ganz anders", findet der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Kai Klose. Minister Posch hatte am 30. Dezember verkündet, die Vergabeverordnung, die am 31. Dezember ausgelaufen wäre, gelte bis Ende 2012 weiter. Damit dürfen öffentliche Auftraggeber Bauleistungen bis zu einer Million Euro beschränkt ausschreiben und bis zu 100 000 Euro ohne Ausschreibung vergeben. Andere Leistungen dürfen bis 193 000 Euro frei vergeben werden.

"Vorschnell und selbstherrlich" findet Klose die Verlängerung. Posch habe dem Landtag mehrfach versprochen, zunächst eine Evaluation vorzulegen. Nun beziehe er sich zwar auf eine Auswertung, diese liege den Abgeordneten aber nicht vor. Damit habe Posch "sein Wort gegenüber dem Landtag gebrochen".

Der Minister schrieb, "nach statistischen Erhebungsregeln" seien 48 Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen befragt worden. 72 Prozent hätten bestätigt, dass dank der gelockerten Regeln Aufträge "schnell und unbürokratisch abgewickelt" würden. Es habe sich gezeigt, so Posch, dass die Lockerung "gerade für regional ansässige mittelständische Unternehmen und Handwerker durch die Möglichkeit der direkten Ansprache vor Ort von Vorteil sein kann". Um Korruption zu verhindern, müssten Vorgänge strenger als in anderen Bundesländern dokumentiert werden, sagte Posch. "Damit ist die ordnungsgemäße Ausführung noch nach Jahren kontrollierbar, und Täter müssen stets mit der Entdeckung rechnen."

---

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv M. DuMont Schauberg